

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Barbara Schmidt

Fraktionsvorsitzende

Ratsfraktion Bielefeld

Altes Rathaus
33597 Bielefeld

Telefon 0521 / 5150 80

Mobil: 0171-3436072

Telefax 0521 / 51 81 10

E-Mail:

barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de

Bielefeld, den 25. Juni 2019

**Anfrage zur Sitzung des Haupt- Wirtschaftsförderungss- und Beteiligungsaus-
schusses am 4.7.19 bezüglich der Beteiligung der Ravensberger Heimstätten/
LEG an der BGW**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir bitten die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des HWBA folgende Frage zu beant-
worten:

Welche Möglichkeiten gibt es, die 15-prozentige Beteiligung der Ravensberger Heim-
stätten/ LEG an der BGW durch die Stadt zu übernehmen?

Begründung:

Historisch gewachsen sind bei der Gründung der BGW auch gemeinnützige und ge-
meinwohlorientierte Unternehmen wie die Freie Scholle mit 10-prozentigem und die
Ravensberger Heimstätten, 100-prozentige Tochter der LEG, mit 15-prozentigem Anteil
beteiligt worden. Vor 11 Jahren wurde die LEG von der schwarz-grünen Landesregie-
rung an diverse Fonds der Investmentgesellschaft Goldman-Sachs verkauft und ist heu-
te ein börsennotiertes Unternehmen, das ausschließlich an Gewinn orientiert arbeitet,
oft auch mit nicht korrekten Mitteln, beispielsweise falschen Betriebskostenabrechnun-
gen (belegt durch entsprechende Gerichtsurteile).

In Bielefeld fällt die LEG durch eine rigorose Ausnutzung aller Mittel auf, mit denen sie
die Mieten für ehemalige Sozialwohnungen erhöht. Die Gesellschaft hat sich aus allen
Absprachegremien in der Stadt zurückgezogen; ihre Geschäftsstelle, die sie wie BGW
und Freie Scholle in der Carl Meyerstraße hatte, wurde aufgegeben. Heute ist sie prak-
tisch vor Ort nicht mehr erreichbar, was die Regelung von Problemen sehr erschwert.

Aktuell ist sie hier in die Kritik geraten, weil sie die seit vielen Jahren als Begegnungsstätte für ältere Menschen in der Carlmeierstraße genutzten Räume kündigte und nun keine ausreichende Alternative zur Verfügung steht.

Die weitere Beteiligung der Ravensberger Heimstätten/ LEG an der BGW inklusive der Auszahlung von Gewinnen aus der Gesellschaft macht heute keinen Sinn mehr. Insofern sollte geprüft werden, ob und wie die Stadt deren Anteile der BGW übernehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Schmidt

(Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)